



Ingo Bode

Wege zur Solidarität Der französische Herbst und die Krise der Linken

Sie scheint wiederauferstanden, die französische Arbeiterbewegung, mit- samt ihrer politischen Ambitionen, ihrer legendären Militanz, ihrer selbst- bewußten Spontaneität. Im Herbst 1995 legen Hundertausende von Be- schäftigten des öffentlichen Dienstes die Arbeit nieder, reiht sich eine Mas- senkundgebung an die andere, und stoßen die Parolen der Streikenden auf große Zustimmung in der französischen Bevölkerung - und dies trotz der Entbehrungen, die ihr aufgrund des Ausfalls öffentlicher Dienstleistungen wochenlang zugemutet werden. Der kollektive Unmut richtet sich zu wei- ten Teilen gegen die herrschende Sozial- und Ordnungspolitik und greift wie ein Lauffeuer um sich. Unweigerlich kommen dem zeitgenössischen Beobachter der Pariser Mai oder die Streikbewegung aus den 30er Jahren in Erinnerung, und weit über die Landesgrenzen hinaus ist die Rede von »französischen Verhältnissen« als neues Datum für die politischen Wei- chenstellungen der kommenden Jahre. Es liegt mithin gar nicht so fern, in diesen Ereignissen auch einen Hoffnungsschimmer für die - zumindest in Frankreich - nimmermüde traditionelle Linke zu sehen: Die bereits für hin- fällig erklärte »alte« soziale Frage und die längst totgesagte klassenbewuß- te Arbeiterbewegung scheinen plötzlich wieder die Agenda der gesell- schaftlichen Auseinandersetzungen zu bestimmen, und man könnte ver- sucht sein, den entschiedenen Widerstand gegen Sozialabbau und Deregul- ierung sowie die dabei zu beobachtende, breite Repolitisierung alltäglicher Unzufriedenheit als Aufbruch zu einer europäischen Perspektive jenseits von Sozialdumping und Standortkonkurrenz zu interpretieren.

Aber es gibt auch eine ganz andere Lesart der Protestwelle: Es ist dies die Figur des verzweifelten Abwehrkampfes einer vergleichsweise privilegier- ten Arbeitnehmeraristokratie, die sich mit den unaufhaltsamen Modernisie- rungsentwicklungen der Gegenwartsgesellschaft nicht abfinden will und ihr Heil in der blinden Verteidigung ihrer Sozialstandards, ihres berufli- chen Status, kurz: ihrer bornierten Gruppeninteressen sucht; und die das »Glück« hat, daß in ihrem Land - angesichts des Mißgeschicks seiner poli- tischen Eliten und der Geburtswehen der europäischen Wirtschaftsordnung

- die Nostalgie eines autonomen Frankreichs mitsamt seiner ideosynkratischen Institutionen ungeahnte Früchte treibt und sich in der Bevölkerung eine ebenso diffuse wie romantische Loyalität zur Vergangenheit herstellt. Die Linke, die mittlerweile kaum mehr als ein Schattendasein zu führen scheint, hat dem - in diesem Bild - wenig hinzuzufügen; allenfalls mag sie dadurch auffallen, daß sie sich - entgegen eines womöglich angezeigten klientelistischen Opportunismus - mutig von den Protesten der »letzten Mohikaner« distanziert und der sozialliberalen Anpassung der französischen Verhältnisse an das Unvermeidliche das Wort redet, spricht: der Globalisierung der Märkte, Flexibilisierung der Sozialordnung und Deregulierung nationaler Institutionen wie der Sozialversicherung und des öffentlichen Dienstes.

Es gibt mithin zwei Lesarten des französischen Herbstes, wie auch ein kurzer Blick in die veröffentlichte Meinung offenbart: In der Tat sehen die einen in der Protestbewegung das Aufbegehren eines mit den Folgen von Globalisierung und Deregulierung unzufriedenen Frankreichs, das sich der integrativen Funktionen seiner (nunmehr gefährdeten) nationalen Institutionen erinnert.¹ Derweil greifen die anderen in ihrer Interpretation auf das in Frankreich einschlägige Paradigma der berufskorporatistischen Schließung zurück, demzufolge die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - des »secteur protégé«, wie es heißt - ihre (ungerechtfertigten) Privilegien zu verteidigen trachten und dazu ihre »monopolistische« Kontrolle des Infrastrukturnetzes mißbrauchen.²

Ein wesentliches Moment, an dem sich die »Geister scheiden«, betrifft dabei den Umgang mit jenem Phänomen, das im deutschen Sprachraum mit dem Begriff der »Zweidrittelgesellschaft« und in Frankreich mit dem Terminus: »exclusion sociale« umrissen wird. Das gilt auch und gerade für die Protagonisten der französischen Linken. Während die einen die Verteidigung der o.g. nationalen Institutionen - weil in ihnen symbolische, verallgemeinerungswürdige Ordnungsmuster angelegt sind - als »conditio sine qua non« fortschrittlicher Politik interpretieren und deshalb den Streik für legitim und konstruktiv erachten, sprechen die anderen von der Notwendigkeit, die zur Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen für eine Umverteilung hin zu den »Rationalisierungsverlierern« zu verwenden und

1 D.h. des nationalisierten öffentlichen Dienstes (»service public«) sowie des lohnarbeitszentrierten, kollektiven Systems der sozialen Sicherung (»sécurité sociale«). Vgl. die entsprechenden Kommentare in *La Croix* (30.11.), *France Soir* (11.11.), *Le Monde* (12.10., 7.12.) *Libération* (1.12.) oder *Infomatin* (4.12.1995).

2 Besonders akzentuiert wird diese Deutung in der wirtschaftsnahen Presse (vgl. *Le Point* vom 7.10. oder 23.12., *Le Nouvel Économiste* vom 13.10. oder *Le Figaro* vom 1.12.1995). Aber auch anderswo herrscht sie vor (hierzulande etwa in der *Frankfurter Rundschau* vom 5.12. oder in der *Zeit* vom 8.12.1995).

von daher die bestehenden Institutionen mit Blick auf die »klasseninterne« Verteilungsgerechtigkeit auch gegen den Widerstand bestimmter Interessenskoalitionen grundlegend zu reformieren. Wir scheinen Zeuge einer neuen Runde des gerade in Frankreich eingespielten Disputs zwischen den »unverbesserlichen« gewerkschaftlichen Traditionalisten und den linksliberalen akademischen Pragmatikern, wobei erstere die Streikenden als ihre zentrale Klientel identifizieren und sich deren Anliegen zu eigen machen, während letztere die Proteste zunächst halbherzig und dann - mit dem Hinweis, diese wendeten sich gegen das Allgemeinwohl - gar nicht mehr unterstützen. Zwei Dinge indes passen nicht so recht ins Bild: zum einen die Tatsache, daß sich während der Ereignisse ein neuer linker Intellektuellenzirkel formiert, der die Bewegung als richtungsweisend interpretiert und der zweiten der beiden o.g. Lesarten entschieden entgegentritt - und damit auch der linksliberalen Intelligentsia, die sich im Verlauf der Ereignisse öffentlichkeitswirksam von der Protestbewegung distanziert³; und zum zweiten der Umstand, daß jene Klientele, die in den Arbeitskonflikten zur Verteidigung ihrer Gruppeninteressen antreten, sukzessive zu Symbolen des Widerstands gegen die Schwächung gemeinwohlorientierter Institutionen werden - wodurch dann faktisch die innerhalb der Linken ausgetragene Kontroverse zwischen »Klientelpolitik« und »Allgemeinwohlorientierung« infragegestellt wird.

Damit ist bereits angedeutet, daß bezüglich der Interpretation der Herbstereignisse die Wahrheit - wie so häufig - in der Mitte liegt; ich werde dies im folgenden anhand einer knappen Skizze der Ereignisse näher erläutern. Zugleich geht es mir hier aber darum, unter Bezugnahme auf die Geschehnisse einige allgemeine Überlegungen zur heutigen Situation der politischen Linken anzustellen, wobei ich ein für sie konstitutives Grundproblem in den Blick nehme: nämlich die Bestimmung von *Solidarität* in ihren Deutungsmustern und Handlungsansätzen. Die Schwierigkeiten der Linken im Umgang »mit der Solidarität« kommen dabei in der französischen Szenerie besonders plastisch zum Ausdruck - gerade auch während der Ereignisse im vergangenen Herbst.

3 Le Monde (16.12.1995) spricht von einer »division des intellectuels de la gauche« (vgl. auch Le Monde vom 6. und 14.12., Süddeutsche Zeitung vom 9. und 28.12.1995 sowie die Beiträge in Le Monde Diplomatique [TAZ] vom 12.1.1996). Beide Lager treten im Verlaufe der Herbstereignisse mit spektakulären Appellen an die Öffentlichkeit: Die Linksliberalen (die sog. »Expertenliste«, darunter J.Delors oder A.Touraine) begreifen die Protestbewegung als rückschrittlich (und unterstützen die Sozialversicherungsreform des Premierministers), während der »Bourdieu-Appell«, dem sich eine Vielzahl renommierter Wissenschaftler aus verschiedenen Spektren anschließt, in ihr einen Aufbruch erkennt zu einer konstruktiven Kritik der - wie es heißt - falschen, aber hegemonialen, durch die ökonomischen Globalisierungstendenzen heraufbeschworenen Alternative: »Liberalismus oder Barbarei«.

Mithin möchte ich an die aktuelle - und erst jüngst in dieser Zeitschrift weitergeführte - Debatte über die Perspektiven der Linken anschließen und sie um einige analytische Überlegungen bereichern. Es soll dabei zunächst das Verhältnis der Linken zur Solidarität diskutiert werden (1), bevor ich die »Topographie« der französischen Linken auf dieser Folie rekonstruiere und damit zugleich ihre Ausgangsbedingungen vor den Herbstereignissen umreiße (2). Diese sollen in der Folge überblicksartig zur Darstellung kommen (3). Schließlich will ich am Beispiel Frankreichs zeigen, daß die von der politischen Linken bis dato beschrittenen, verschiedenartigen »Wege zur Solidarität« unter den sich heute stellenden Bedingungen zusehends ins Abseits führen, sich allerdings aus den »französischen Verhältnissen« Anhaltspunkte für eine neue Marschroute ergeben (4).

1. Linke und Solidarität

Die Bestimmung von Funktion und Existenzberechtigung der politischen Linken ist heute keine einfache Angelegenheit. Nicht wenige haben die Begrifflichkeit schon »ad acta« gelegt oder zumindest radikal von klassischen Bezugspunkten lösen wollen: Im Szenario einer »entfesselten« Moderne, die mit den Stichwörtern: Unsicherheit und Globalisierung umrissen wird, ist sie das Symbol eines kontrafaktischen »cybernetic model« von Politik und Gesellschaft (Giddens 1994), während sie in postmodernen Entwürfen eine längst überkommene »counterculture of modernity« verkörpert (Baumann 1995). Wenn heute der Begriff dann doch noch verwendet wird, dann scheint er seines zentralen säkularen Gehalts häufig ledig geworden. Es geht dann nurmehr um die »Linke nach dem Sozialismus« (J.Fischer 1992) oder - in Frankreich - um die Frage: »La gauche - survivra-t-elle aux socialistes?«⁴

Unabhängig von solchen Grundsatzdiskussionen läßt sich die gegenwärtige Perspektivendebatte meines Erachtens als Auseinandersetzung mit zwei Problemkreisen auffassen. Da wäre zum einen die Frage nach den *Inhalten*: Es ist heute nahezu »common sense«, daß die großen Würfe, die die Linke des 20. Jahrhunderts in verschiedenen Facetten vor Augen hatte, als solche keinen Orientierungsmaßstab mehr für linke Programmatik abgeben. Dagegen bleiben wichtige klassische Prinzipien der Linken in der aktuellen Debatte wichtige Bezugspunkte: etwa die Vision relativer sozialer Gleichheit (Bobbio 1994), die Garantie allumfassender Bürgerrechte (Narr/Roth 1995), oder die Förderung politischer Emanzipation bzw. - wie Miliband (1994) es nennt - eine »politics of autonomy«. Nicht zuletzt in Anbe-

4 Übersetzt: »Wird die Linke die Sozialisten überleben?« (Colombani 1994) Vgl. zur Debatte hierzulande auch Gaschke (1995).

tracht der immensen sozialen und ökologischen Probleme weltweit wurden hier allerdings alte Umverteilungsdiskurse kritisch beäugt und für eine »Strategie der Selbstbegrenzung« (PROKLA 1993, 362) plädiert, die im übrigen ja ein zentrales Essential der »neuen« deutschen Linken innerhalb der GRÜNEN darstellt. Zum zweiten ist nach den Subjekten für linke Politik bzw. - damit zusammenhängend - nach der Operationalisierung dieser doch sehr allgemeinen inhaltlichen Prinzipien zu fragen, womit die Ebene der *Akteure* angesprochen ist: Hier hat man ab Anfang der 80er Jahre den Blick überwiegend auf die neuen sozialen Bewegungen gerichtet und die Organisationen der Arbeiterbewegung als Autoren linker Politik weitgehend verabschiedet. Überdies wurden die prozeduralen Elemente linker Politik vermehrt zum Thema gemacht, i.e.: die Notwendigkeit einer deliberativen Definition von Politikzielen anstelle ihrer »Ableitung« aus theoretischen Axiomen gleich welcher Art (Narr/Roth 1995, 446ff; Habermas 1985, Rogers/Streeck 1994, 140ff).

Ich werde weiter unten kritisch auf diese Diskussionen eingehen. An dieser Stelle erscheint mir indes wesentlich, daß die genannten Bezugsebenen - also: Inhalt und Akteur - maßgeblich mit dem Problem der Solidarität verknüpft sind. Im programmatischen Profil der Linken nahm dabei die *ethische* Perspektive einer solidarischen Gesellschaftsordnung von jeher einen zentralen Platz ein; Solidarität steht hier für den *universellen Imperativ der sozialen Gerechtigkeit*, und dieser Imperativ bestimmt ja auch die o.g., für die heutige Linke weiterhin wegweisenden inhaltlichen Prinzipien. Andererseits führte - auf dem Weg zur besseren Gesellschaft - offenbar kein Weg an den aktuellen Interessenlagen der eigenen Klientele vorbei. Im strategischen Fokus der (traditionellen) Linken dominierte von daher die *Solidarität der Interessen*, das »Gemeinsam sind wir stark«; Unterstützung wurde hier v.a. unter Bezugnahme auf eine utilitaristische Zwecklogik eingeworben, i.e. auf individuelle Bedürfnisse, die als Klasseninteressen ausgedeutet wurden und durch »linke Politik« befriedigt werden sollten.

So »prozessiert« die Linke von jeher zwei Solidaritätsdimensionen, nämlich den Bezug auf Ethik bzw. Moral zum einen, auf kollektive Interessenlagen zum anderen (vgl. auch Judt 1993). Damit aber begab sie sich in nebulöses Terrain: Das gilt schon für die Axiome des politischen Marxismus, der ja einerseits vom »Idealismus« nichts wissen wollte, aber de facto die kapitalistische Ordnung moralisch kritisierte und die Vision einer besseren Welt vertrat (Lukes 1985). Und auch die Praxis der Linken war - wie Giddens (1994, 60) unter Rückgriff auf die Sozialismus-Schrift von Durkheim festhält - stets von einer »tension ... between economic coordination and egalitarianism« gekennzeichnet. Eine Auflösung dieser Spannung bestand darin, den ethischen und den utilitaristischen Ansatzpunkt als zwar inein-

andergreifende, aber mit unterschiedlichem »Status« versehene Dimensionen zu »behandeln«: hier das Prinzip der sozialen Gleichheit als sinnstiftendes ethisches Ingrediens, dort die instrumentelle Logik kollektiven Interessenhandels. In einer solchen Konstellation stellte sich dann die Solidarität gleichgerichteter ökonomischer Interessen als strategisches Zugpferd für das Projekt der gerechteren Ordnung dar (Schulze 1994). Das war bzw. ist jedoch nicht die ganze Wahrheit über die Denk- bzw. Handlungslogik der politischen Linken. Neben dieser »utilitaristischen« Linken existierte immer auch eine humanistische, meist bürgerlich-akademische Fraktion, die - zumindest bei oberflächlicher Betrachtung - soziale und gesellschaftliche Probleme relativ losgelöst von der Interessenperspektive diskutierte und daraus politische Visionen ableitete (vgl. auch Christadler 1985). Diese Tradition fand dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Verlängerung im Engagement vieler Akademiker bzw. größerer Teile der »neuen Mittelschichten« für (bestimmte) Prinzipien der klassischen Linken (Markowitz/Gorski 1993).

Nun ist auch diese ethisch motivierte, akademische Linke an (spezifische) Interessenlagen gebunden: Ihre »materielle Heimat« findet sie in den diversen öffentlichen Einrichtungen der modernen Gesellschaft, die den *Bildungsbürgern* und *Sozialarbeitern* eine materielle Existenzgrundlage einräumt und akademische Kompetenz mit ökonomischer Interessiertheit verschmelzen läßt. Von daher hat der wertrationale Idealismus der linken Akademia eine materielle Grundlage, wiewohl er sich darauf nicht reduzieren läßt und in seinen Wirkungen über diese hinausweist (Eyeran 1994). Umgekehrt bedeutet der zweckrationale Utilitarismus, wie er weite Teile der organisierten Arbeiterschaft auszeichnet(e), nicht, daß Wertbezüge hier außen vor bleiben: Vielmehr sind sie integraler Bestandteil der politischen Arbeiterbewegung, wie sie sich im Verlaufe der frühen Industrialisierungsprozesse herausbildet, als entwurzelte, zugewanderte Bevölkerungsgruppen in die »moral community« des Arbeitermilieus (Wuthnow 1989, 380) hineinsozialisiert werden. In den urbanen Zentren kristallisierte sich dabei eine Alltagskultur heraus, in der Arbeitsethos, Produzentenstolz und die Erfahrung körperlicher Arbeit die Grundlage sozialer Identität darstellten. Aus solchen kulturellen Interpretationen der Erfahrungswelt entstehen dann in der Arbeiterbewegung normative Vorstellungen über »gerechte« gesellschaftliche Verhältnisse, die über die materiellen Entbehrungen und Interessen hinausweisen und auf die utopische Idee eines auch »moralisch« besseren Weltzustands gerichtet sind (Kaschuba 1989).

»Linke« Solidarität stellt mithin programmatisch und soziologisch ein Amalgam zweier Dimensionen dar, nämlich einer utilitaristischen und einer ethischen. Freilich haben die Fraktionen der politischen Linken ver-

schiedene »Wege zur Solidarität« beschritten und sich strategisch meist auf eine dieser Dimensionen bezogen. Dabei hatte - auch hierzulande - lange Zeit die erstere und in der jüngeren Vergangenheit eher die letztere Konjunktur. Freilich: Diese selektiven Bezüge sind unter heutigen Bedingungen problematisch. Das tritt dort besonders offen zu Tage, wo die Akteure der Linken sich diskretionär auf einen der »Wege« begeben und je spezifische Solidaritätskonzepte akzentuieren - so in Frankreich.

2. Die französische Linke: Zwei Solidaritätskulturen und eine doppelte Bühne

Die französische Linke wird gemeinhin mit dem ungleichen Paar aus »Parti socialiste« (PS) und »Parti communiste« (PCF) assoziiert.⁵ Weniger wahrgenommen wird hierzulande die *Verdopplung dieser Akteurslandschaft* durch ein breites Spektrum politisierter Interessenverbände, die in jeweils besonderen Beziehungsverhältnissen zu den Parteien stehen. Hier gaben bzw. geben das Nebeneinander organisationsschwacher sozialistischer Parteien und dynamischer Interessenvereinigungen zum einen, und zum anderen eine kommunistische Bewegung, in der Partei und Interessenorganisationen sich in gewisser Hinsicht amalgamieren, der Linken ein Strukturprofil, das sich von den deutschen Verhältnissen markant abhebt.⁶ Es fällt auf, daß die Verknüpfung der politischen Linken mit der Sphäre »lebensweltnaher« Vereinigungen in Frankreich auch für die Nachkriegsjahrzehnte noch als vergleichsweise lebendig bezeichnet werden kann, und daß trotz der zunehmenden Interpenetration von Verbänden und Staat die traditionelle Distanz zwischen der staatspolitischen Arena und den organisierten Interessen weitgehend aufrechterhalten wurde. Eine allgemeine anti-etatistische Grundhaltung im französischen Verbandswesen läßt sich selbst dort beobachten, wo Interessenorganisationen in quasi korporatistischer Manier an sozialstaatlichen Regulierungsprozeduren und -programmen beteiligt sind - das gilt etwa für die Gewerkschaften und ihre institutionelle Verankerung in der Sozialversicherung oder aber einen Teil der

-
- 5 Anders als in Deutschland ist aus der Ökologiebewegung in Frankreich bis dato keine schlagkräftige Grüne Partei entstanden. Das Spektrum stellt sich seit jeher als hochgradig zersplittert dar, und nur Teile der Bewegung stufen sich als linksorientiert ein (Cole/Doherty 1995). Einen relevanten Teil der französischen Linken bildet im übrigen das trotzkistische Lager (Melchior/Melchior 1994, 187ff). Dessen »Protestwähler«-Kandidatin A.Laguiller erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 1995 immerhin 5,3% der Stimmen.
 - 6 Zumindest treten hierzulande »ideologische« Bezüge in den auf pragmatische Problemlösungsroutinen fixierten Großverbänden stark in den Hintergrund - wiewohl sie nicht zu übersehen sind (Weßels 1991). Im postkommunistischen Ostdeutschland finden wir mit den Verbände- bzw. Vereinsnetzwerken der PDS sogar eine interessante Parallele zu den französischen Verhältnissen vor (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11.11.1995).

Familien-, Ärzte- und Bauernverbände, die in verschiedener Weise an das (sozial)staatliche Handeln assoziiert werden, aber durchaus auf militante Proteste zurückgreifen, wenn es darum geht, die Belange ihrer Klientele zur Geltung zu bringen (Wilson 1987 oder Safran 1991, 106ff). Auffällig ist dabei, daß viele Verbände die von ihnen aufgenommenen gesellschaftlichen Interessen diskursiv in einen größeren weltanschaulichen Zusammenhang einzuordnen trachten; hier besteht dann auch die Tendenz, die Mitglieder mit der Gesamtheit ihrer Interessen bzw. Lebenswelten zu erfassen (Worms 1994). Und dementsprechend ist das französische Verbändewesen maßgeblich gekennzeichnet von »internal divisions (which) run along lines of political allegiance« (Hall 1993, 163).

Folglich läßt sich in Frankreich von zwei Bühnen für die politische Linke sprechen: die parteipolitische Arena und die Ebene der Verbandspolitik, wobei *cum grano salis* wiederum zwei Konglomerate aus Partei- und Verbandsorganisationen differenziert werden können. Dabei läßt sich die französische Linke in ein akademisches und ein syndikalistisches Milieu aufteilen, und beiden Milieus kann man eine je spezifische »Solidaritätskultur« zuordnen, will heißen: ein jeweils unterschiedlicher Umgang mit der ethischen und der utilitaristischen Solidaritätsdimension. Das will ich im folgenden anhand einer Betrachtung ihrer vier Säulen, namentlich des PS, des PCF, und der beiden Gewerkschaften CFTD (»Confédération française démocratique du travail«) und CGT (»Confédération générale du travail«)⁷, näher illustrieren.

In bezug auf das *akademische* Milieu sind idealtypisch zwei Subkulturen mit jeweils spezifischen Diskursen und Programmen zu unterscheiden.

(a) Da ist zunächst die jakobinische Variante, die sich durch ein administratives Solidaritätsverständnis auszeichnet, d.h. durch ein politisches Modell, in dem vorwiegend akademische Eliten die Gesellschaft solidarisch organisieren sollen (Natty 1995, 64). Zu dieser Subkultur der »paternalist intellectuels« (Hazareesingh 1994, 233) zähle ich einen Großteil des französischen »Parteisozialismus«, der traditionell durch eine weitentwickelte Praxis ideeller Diskurse und ein technokratisches Politikverständnis gekennzeichnet ist (Bergounioux/Grunberg 1992, 41ff). Der Diskurspraxis entspricht das im Jahre 1971 eingerichtete System des Parteifraktionismus: Der PS besteht aus offiziellen »courants« mit je eigenen Hochburgen und Protagonisten, die ihre politischen Vorstellungen in

7 Zu den linksorientierten Verbänden gehören neben den genannten Gewerkschaften noch eine Vielzahl anderer Vereinigungen, so im Genossenschaftswesen - hier v.a. die Dachorganisationen der Hilfskassen auf Gegenseitigkeit -, und im Bildungssektor (diverse Elternorganisationen und humanistische Zirkel); hinzu kommen Einflußsphären im Bereich der Familien- und Verbraucherarbeit sowie bei Mieter- und Behindertenorganisationen.

Richtungskonzepten niederlegen und sie auf den Parteitag einbringen. Die Relevanz akademischer Diskurse wird vor dem Hintergrund der sozialstrukturellen Basis der Partei nur allzu verständlich: Im PS dominieren die neuen Mittelschichten, vor allem Lehrer und andere Beamte⁸; anders als bei den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas fehlt ein breiterer Kontakt zur Arbeiterschaft.

In diese akademisch-jakobinische Subkultur ist auch die in Frankreich ehemals sehr einflußreiche kommunistische Intelligentsia einzureihen. Zwar ordnet(e) sie sich dem syndikalistischen Ansatz des PCF bzw. der CGT weitgehend unter; aber ihr Zugang zum Politischen und die Relevanz diskursiver Praxis weisen ihre Nähe zur Kultur des »Parteisozialismus« aus. In den 50er und 60er Jahren stießen Künstler und Wissenschaftler zum PCF, weil alternative Kanäle für linkes Engagement fehlten und die marxistische Weltanschauung weit verbreitet war (Bell/Criddle 1994, 221ff). Die Partei verlangte indes absolute Loyalität und sah sich nicht selten veranlaßt, kritische Stimmen zu attackieren: Das führte immer wieder zu Austritten und Ausschlüssen prominenter Mitglieder (Dreyfuß 1990). Bemerkenswert war allerdings, daß sich der akademische Flügel des PCF immer wieder zu regenerieren vermochte, zuletzt im Zuge seiner eurokommunistischen Phase zwischen 1975 und 1978, als breite Akademikerschichten in die Partei strömten und sie dabei mit »post-materialistischen« Anliegen konfrontierten. Diese reagierte erneut repressiv und aktualisierte in der Folgezeit ihren »ouvrieristischen« Kurs (s.u.). Ähnliches gilt für die CGT und die in ihr organisierten Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten. Z.T. sind sie Mitglied im Unterverband der »Cadres« (UGICT), der sich Ende der 60er Jahre hatte konsolidieren und dann an Zulauf gewinnen können (Boltanski 1990, 192ff).

(b) Daneben finden wir ein eher libertäres Spektrum der akademischen Linken. Er wird v.a. durch Führungskreise und bestimmte Mitgliederfraktionen der Gewerkschaft CFDT verkörpert. Die Anfang der 70er Jahre einsetzende Intellektualisierung der Organisation läßt eine eigene politische Kultur entstehen, die gemeinhin mit dem Begriff der »deuxième gauche« (Hamon/Rotman 1984) etikettiert wird. Diese »zweite« Linke ist geprägt von einem emanzipativ gewendeten subsidiären Solidaritätsverständnis; d.h. es geht ihr in erster Linie um die Freilegung intersubjektiver Abstimmungs- und Gestaltungsspielräume in der Arbeits- und Lebenswelt. Die Entwicklung ist ganz wesentlich auf den Zustrom von im Umfeld des Pariser »Mai 1968« sozialisierten Akademikern zurückzuführen, deren »egali-

8 Bergounioux/Grünberg (1992, 97) sprechen hier treffend von einem »socialisme enseignant« (»Lehrersozialismus«).

taristisches« und »anti-produktivistisches« Programm sich in der Unterstützung militanter Basiskämpfe und der Favorisierung qualitativer Forderungen niederschlug; hier wurde Gewerkschafts- als Gesellschaftspolitik interpretiert, und viele Aktivisten verbanden ihr politisches Engagement mit gezielten Vorstößen für marginalisierte Arbeiterschichten (Spurk 1986, 229ff). Das auf soziale Randgruppen bezogene emanzipatorische Element wird dabei zunehmend zum Markenzeichen der aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen und 1964 »laizisierten« Gewerkschaftsorganisation (Groux/Mouriaux 1989).

Wir finden mithin im akademischen Spektrum der französischen Linken zwei Subkulturen vor, deren Gemeinsamkeit darin zu sehen ist, daß in ihrem Selbstverständnis bzw. in ihrer Praxis tendenziell *ideelle Belange und ein eher ethisch begründetes Solidaritätskonzept* dominant sind. Das manifestiert sich in der Diskurspraxis des Parteisozialismus und dessen überwiegend technokratischem Politikverständnis. Das trifft ferner zu auf den Handlungsansatz vieler CFDT-Aktivisten. In gewisser Weise gelten die genannten Charakteristika auch für die KP-Intellektuellen, die auf die Arbeiterklasse als Mobilisatoren für eine wertrational begründete Umgestaltung der Gesellschaftsordnung setzen und dabei mitunter auch »postmaterialistische« Einstellungen artikulieren.

Von diesen Spielarten einer akademischen Kultur der Linken ist nun ein *syndikalistisches* Milieu zu unterscheiden. Für dieses ist wesentlich, daß die französische Gewerkschaftsbewegung ursprünglich aus einem berufsständischen Organisationszusammenhang hervorging und neben eine sozialistische Partei trat, die an einem republikanischen Bündnis mit den Trägern der bürgerlichen Ordnung orientiert war (Jansen u.a. 1986, 15ff). Auch wenn die Beziehung der Gewerkschaften zur politischen Ebene nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend von sozialpartnerschaftlichen Strategien einerseits, leninistischen Tendenzen andererseits bestimmt wurde, blieben syndikalistische Attitüden in gewisser Weise weiter bestimmend (Mouriaux 1985, 62ff).

Dabei dominiert der »Ouvrierismus« kommunistischer Prägung; in ihm bündelt sich ein Kult der industriellen Arbeit mit einem ambivalenten Verhältnis zur staatspolitischen Arena. Grundlegend für seinen Handlungsansatz ist das Modell der Klassen-solidarität. Die syndikalistische Attitüde im Selbstverständnis der CGT zeigt sich v.a. daran, daß trotz der bis in die 90er Jahre hinein offensichtlichen Bindung an die kommunistische Partei eine Semantik der klassenautonomen Gewerkschaftspolitik gepflegt wird⁹.

9 Zur CGT allgemein vgl. Groux/Mouriaux (1992) und die verschiedenen Beiträge in *Communisme* (35-37) 1994.

Klassenautonomie bedeutet hier, daß die Gewerkschaft nichts anderes darstellt als die Aggregation unmittelbarer (d.h. vorwiegend materieller) Arbeitnehmerinteressen zu mobilisierungsträchtigen Forderungen. Die Artikulation von Interessen *ist* klassenbewußte Politik; die politische Idee als solche hat in der Gewerkschaftsarbeit nichts zu suchen. Zugleich betont man ein »ouvrieristisches« Klassenverständnis, das einem marxistischen Arbeitsbegriff unterliegt. Die Paradigmen lauten: Industriearbeit schafft gesellschaftlichen Reichtum; das soziale Leben ist um den Betrieb angeordnet; die Verfügung über Arbeitskraft verkörpert die Kampffressource einer unterdrückten Klasse; diese kann ihre kollektiven Interessen schlagkräftig zur Geltung bringen, wenn sie diszipliniert, geschlossen und strategisch effizient mobilisiert wird. Die konkrete Definition der jeweils mobilisierungswürdigen Arbeiterinteressen bzw. die Wahl der strategischen Handlungsfelder waren dabei jedoch meist von taktischen Erwägungen beeinflußt, die auf der Parteiebene festgelegt wurden. Der PCF begriff sich dabei selbst stets als Klassenpartei bzw. als politische Organisation der Arbeiterinteressen, auch wenn er - geleitet von der Vorstellung eines »antimonopolistischen Bündnisses« - phasenweise periphere Schichten um seinen Arbeiterkern versammelte.¹⁰ So koexistieren traditionell im Verhältnis zwischen PCF und CGT zwei Dimensionen: Im Bereich der taktischen Politik findet eine Indiennahme der Gewerkschaft durch die Partei statt, deren Aktivisten wichtige Schaltstellen im Führungsapparat der CGT besetzen, wenngleich dieser auch zahlreiche Nicht-Parteimitglieder angehören (Bell/Criddle 1994, 127ff). Zugleich bewegen sich Partei und Gewerkschaft auf einer gemeinsamen kulturellen Linie, die sie wechselseitig reproduzieren und in ein Konstrukt klassenautonomer Politik umsetzen. Der PCF ist in diesem Sinne nur die politische Spielart des gewerkschaftlichen Syndikalismus; so betrachtet sind Partei *und* Gewerkschaft ein Transmissionsriemen für den jeweils anderen Part.¹¹

10 Der »ouvrierisme« dominierte dabei in der Regel: Zu keinem Zeitpunkt hat man die Vorherrschaft von (ehemaligen) Arbeitern in den Führungsgremien infragestellen wollen (Lazar 1992, 226f). Die Parteikampagnen konzentrierten sich überwiegend auf klassische Issues der Arbeiterbewegung (Erhöhung der Kaufkraft bzw. der Mindestlöhne, berufliche Förderung der Industriearbeiterschaft, Verteidigung der Industriestandorte) und blieben gesellschaftspolitisch eher konservativ, z.B. in bezug auf die Frauenfrage (Quilès 1992).

11 Es ist in erster Linie diese Bindung »klassenbewußter« Gewerkschaftspolitik an eine politische Partei, die andere Arbeitnehmerorganisationen in Frankreich ablehnen. Zugleich ist in diesen Strömungen der »Arbeiterbias« weniger prominent, während der berufsständische Bezug auf das Metier bzw. die »Klasse« durchaus lebendig bleiben. Dieses Spektrum der französischen Arbeiterbewegung ist zerstreut in verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen präsent, z.B. bei einigen Branchenorganisationen der dritten großen Gewerkschaft Frankreichs, »Force Ouvrière« (FO); es bekommt sogar hier und da »Nachwuchs«, wie etwa die Ende der 80er Jahre im Bereich der Telekommunikation gegründete Gewerkschaft SUD (»Solidaire, unitaire, démocratique«) (Vielcanet 1995).

Im syndikalistischen Milieu der französischen Linken dominiert mithin das kommunistische Spektrum. Hier werden *tendenziell materielle Belange und ein eher instrumentelles, utilitaristisches Solidaritätskonzept* in den Vordergrund gestellt.

Die Geschichte der französischen Nachkriegslinken (vgl. Ross/Jenson 1994) ist nun maßgeblich von den Beziehungen zwischen den akademischen Milieus und dem Syndikalismus geprägt. Der spekulative Aufschwung der Linken in den 70er Jahren geht einher mit der Entstehung der Linksunion als diffuse Allianz der beiden Solidaritätskulturen - eine Allianz, die nach der offizieller Aufkündigung des Bündnisses durch den PCF von den jakobinischen Sozialisten im Stile eines »akademischen Klassenkampfes« weitergepflegt wird. Dieser ebnet der Linken und ihrer zentralen Führungsfigur Francois Mitterand - unter den günstigen Bedingungen der damaligen Epoche (Krisenschock, Zwistigkeiten in der bürgerlichen Rechten etc.) - den Weg an die Macht. Die diffuse »Kulturallianz« löst sich dann im Laufe der 80er Jahre rasch und nachhaltig auf. Und es wird deutlich, daß die jeweiligen Solidaritätskonzepte auch für sich genommen zunehmend weniger tragfähig sind.

Das akademische Milieu gerät in Turbulenzen. Der PS mußte herbe Rückschläge hinnehmen. Er verlor zusehends an Einfluß auf die Staatsführung, die sich unter Mitterand weitgehend verselbständigte. Die parteiinterne Streitkultur wich langwierigen Personaldebatten. Und die Vorherrschaft des PS in der politischen Linken schien infragegestellt, als er bei den Europawahlen 1993 nurmehr 14,5% der Stimmen erreichte.¹² Die Vision einer voluntaristischen Reformpolitik wurde weitgehend aufgegeben¹³; zugleich bemühte man sich, das eigene Solidaritätsverständnis zu modifizieren. Während Bock (1992, 112) von einer Preisgabe der Solidarität als übergeordnetem Wert spricht, weist Rosanvallon (1988, 141f) auf eine vage Individualisierung des Solidaritätsverständnisses hin: will heißen, daß die Existenz des einzelnen bzw. dessen persönliche Lebenslage zum Ausgangspunkt einer erneuerten linken Politik werden sollte. In der Tat war die Politik der PS-Administration ab Mitte der 80er Jahre eher an einem

12 Fürwahr ein historischer Tiefpunkt. Ehemalige Verbündete hatten eigene Listen ins Rennen geschickt. In den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1995 stimmten dann (im ersten Wahlgang) immerhin gut 23% der Wähler für den PS-Kandidaten Lionel Jospin.

13 Das Bekenntnis zur traditionellen Linken scheint allerdings vorläufig stärker zu wiegen als die zwischenzeitlich angestrebte Öffnung zum politischen Zentrum. So bekennt sich die Partei noch auf dem Parteitag von Lièvin im November 1994 zu eher klassischen Positionen und verfolgt in ihren Diskursen weiterhin nicht einen Kurs der Mitte, wie er etwa für die deutsche SPD kennzeichnend ist. Das zeigte auch die Kampagne ihres Präsidentschaftskandidaten Jospin, der sich z.B. für eine staatlich verordnete Arbeitszeitverkürzung einsetzte (Natti 1995, 78ff).

subsidiären Solidaritätsverständnis ausgerichtet. Das betraf z.B. die Einführung eines sozialen Mindesteinkommens und v.a. dessen Ausgestaltung - die am Einzelfall ansetzende berufliche Förderung und Betreuung durch die Sozialarbeit erhielt den Vorrang vor der Auflage breiter Beschäftigungsprogramme (Bode 1991). Freilich vermochte dieser Versuch, den ethischen Ansatz durch eine neue Lesart zu retten, den Bedeutungs- und v.a. Vertrauensverlust der Partei nicht aufzuhalten, zumal dem Versuch einer »solidarischen« Sozialpolitik mit dem Ziel der Integration sozialer Randgruppen kaum Erfolg beschieden wurde.

Auch die CFDT blieb von der krisenhaften Entwicklung nicht verschont (Labbé 1994). Die politischen Akzente, die man in den 70er Jahre gesetzt hatte, traten im Verlaufe der 80er Jahre in den Hintergrund. 1988 wurde die sozialistische Semantik aus der Satzung genommen. Zwar war die »Vergewerkschaftlichung« (»recentrage«) der CFDT nach 1979 von Diskursen begleitet, die auf eine solidarische Gestaltung des Krisenmanagements sowie eine Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen abzielten; insofern lebte die alte Kultur weiter. Erfolge blieben jedoch weitgehend aus; die CFDT-Politik mündete de facto meist in tarifpolitische Konzilianz, mit der die Gewerkschaft zwar Reputation erwerben, aber sozialpolitisch wenig bewegen konnte.¹⁴ Die Perspektive einer von gewerkschaftlicher Seite gestalteten Politik der »klasseninternen« Solidarität - etwa in Gestalt einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich - bleibt allerdings als Forderung bis in die 90er Jahre hinein prominent (Notat 1994). Der relative Mißerfolg dieses Konzepts dürfte allerdings mit ein Grund dafür gewesen sein, daß die Delegierten des Gewerkschaftskongresses im Frühjahr 1995 die Linie des Dachverbands mehrheitlich mißbilligten.

Die akademische Subkultur in der kommunistischen Partei ist seit Ende der 70er Jahre noch sehr viel durchgreifender geschwächt worden. Man kann hier von der »erosion of intellectual support for French communism« (Hazareesingh 1990, 126) sprechen. Nicht wenige Intellektuelle gingen zu einem Engagement in humanitären Organisationen über, andere wechselten gänzlich die Fronten. In der CGT vermochte sich der in der »Cadre«-Organisation versammelte akademische Flügel bei der ab Anfang der 90er Jahre geführten Erneuerungsdebatte kaum zur Geltung zu bringen; seine Gallionsfigur Obadia verließ 1994 die Führungsgremien von PCF und CGT.

14 Das Konzept der CFDT war und ist das einer tarifvertraglichen Deregulierung: D.h., es wurde zum erklärten Ziel erhoben, bestimmte Belastungen für die Arbeitsplatzbesitzer zu erhöhen, um die (erwerbslosen) Randgruppen des Arbeitsmarktes in die Betriebe zu integrieren. Während das gleichzeitig verfolgte prozedurale Ziel einer Aufwertung der (in Frankreich unterentwickelten) Tarifpolitik teilweise erreicht wurde, blieben die inhaltlichen Zielvorgaben bis dato weitgehend unerfüllt.

Parallel dazu können wir den Bedeutungsverlust der syndikalistischen Kultur kommunistischer Prägung beobachten. Das ist festzumachen am Abwärtstrend des PCF¹⁵ und v.a. an der Krise der CGT. Letztere kommt zum Ausdruck in einem gravierenden Mitgliederabgang sowie in Positionsverlusten bei den für die französischen Arbeitsbeziehungen bedeutungsvollen Sozialwahlen.¹⁶ Als Gründe für diese Entwicklung wird v.a. der Niedergang jener Industrien ins Feld geführt, in denen die klassische Arbeiterklientel der CGT zu finden war. Ein generelles Problem der Gewerkschaftsarbeit bestand freilich zunehmend darin, daß sich die Beschäftigten - gerade wenn sie sich kämpferisch für ihre Belange einsetzten - immer weniger auf »Interesseninterpretationen« von oben einlassen wollten und eine Politisierung bzw. Globalisierung ihrer sozialen Ansprüche, also deren Einbettung in das Modell der Klassensolidarität, kaum mehr akzeptierten. Sehr anschaulich ist das z.B. bei Arbeitskämpfen im Gesundheitswesen demonstriert worden (Bode 1995). Entsprechend ist die CGT zunehmend darum bemüht, die Gewerkschaftsarbeit zu »demokratisieren« und zu differenzieren, will heißen: sich stärker auf die »nackten« Interessen spezifischer Einzelklientele zu beziehen und damit den Querbezug zum politischen Projekt abzuschwächen. Das traditionelle Solidaritätskonzept bleibt dabei erhalten: Es geht eher darum, den politischen Filter vorsichtiger einzusetzen und die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft zu lockern. V.a. damit hängt es zusammen, daß auf dem CGT-Kongreß Ende 1995 das Ziel der »Sozialisierung der Produktionsmittel« aus der Satzung gestrichen wurde. Mitte der 90er Jahre manifestiert sich die »totale« Krise der französischen Linken. Auf der politischen Bühne des Hexagons ist sie nachhaltig in die Defensive gedrängt worden: Die Parteien des linken Spektrums erhielten seit 1986 bei allgemeinen Wahlen insgesamt nie mehr als 40% der Stimmen. Ihre Parlamentsfraktionen sind seit 1993 - auch aufgrund des Mehrheitswahlrechts - auf kleine Oppositionsgruppen zusammengeschrumpft, im lokalpolitischen Terrain mußten sie deutliche Positionsverluste hinnehmen, und seit 1995 kommt auch der Staatspräsident nicht mehr aus ihren

15 Dieser wird durch die Entwicklung der Wahlergebnisse dokumentiert: Nach 1978 20,6% der abgegebenen Stimmen waren es bei den Parlamentswahlen 1993 nurmehr 9,2%. Allerdings »scheint man die Partei etwas vorschnell 'begraben' zu haben«. Denn der PCF gilt heute als »eine Partei der radikalen Opposition ..., die sich im Unterschied zu den Sozialisten lautstark weigert, sich bestimmten Zwängen und Logiken insbesondere auf ökonomischer und internationaler Ebene zu beugen.« (Hoffmann-Martinot 1993, 14) Von daher könnte er auf abschbare Zeit eine stabile Randposition im französischen Parteienspektrum einnehmen.

16 Der Aderlaß der CGT seit Anfang der 70er Jahre ist signifikant. Zwischen 1977 und 1987 verlor sie über 60% der Mitglieder. 1995 ist - ähnlich wie bei der CFDT - von ca. 600000 Beitragszahlern auszugehen. In den Betriebsratswahlen ging der durchschnittliche CGT-Anteil von 44% (1970) auf 20% (1993) zurück.

Reihen. Und ausgerechnet an diesem Tiefpunkt bricht in Frankreich die größte Protestbewegung seit 1968 aus; hier nun bestimmt die zweite Bühne den Spielplan, während die Akteure auf der ersten in Erstaunen verharren.

3. Der französische Herbst

Die Protestbewegung im Herbst 1995 läßt sich grob in vier Phasen gliedern, die von jeweils eigenen Themen und Konstellationen geprägt sind.

Die *erste Phase* wird mit dem Kurswechsel der Mitte des Jahres angetretenen gaullistischen Administration eingeläutet, die mit ihrer Ankündigung eines Lohnstopps im öffentlichen Dienst relativ abrupt von den bis dato geäußerten Vorbehalten gegenüber dem neoliberalen Paradigma abrückt¹⁷ und zu einem austeritätspolitischen Diskurs übergeht. Die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors - das sind neben den Branchenorganisationen der CFDT und der CGT noch 5 weitere - bilden eine geschlossene Ablehnungsfront und rufen für den 10.10. zu einem Streik aller Angestellten des öffentlichen Dienstes und der staatseigenen Unternehmen auf. Mehr als die Hälfte der über 5 Millionen im öffentlichen Sektor Beschäftigten legen die Arbeit nieder; zugleich finden Kundgebungen mit ca. 250000 Teilnehmern statt.¹⁸ Die Regierung schwächt daraufhin ihren Sparplan etwas ab und stellt Verhandlungen in Aussicht.

Eine *zweite Phase* kündigt sich Ende Oktober mit der wachsenden Unruhe unter den Beschäftigten der französischen Staatsbahnen (SNCF) bezüglich eines bekanntgewordenen Rationalisierungsplans an. Der zwischen der Direktion und dem Staat vereinbarte, sog. »Contrat de plan« sieht u.a. die Reduzierung der Belegschaften um jährlich 6800-8500 Beschäftigte, die Stilllegung von 6000-16000 km Bahnstrecke sowie das Einfrieren der Lohnkosten vor. Als bei zeitgleich stattfindenden Lohnverhandlungen keine Einigung erzielt wird, beschließen alle Eisenbahnergewerkschaften, für Ende Oktober zum Streik aufzurufen. An ihm nehmen zwar insgesamt nur 16% der Bediensteten, aber knapp die Hälfte der Lokführer teil; die Direktion bietet daraufhin neuerliche Verhandlungen an.

17 In der Tat war der gegenwärtige Staatspräsident Chirac mit Hilfe eines »linken« Wahlkampfes, in dem er die Klage über die »fracture sociale« der französischen Gesellschaft in den Mittelpunkt stellte, an die Macht gekommen, und in den ersten Monaten seiner Amtszeit verfügte er Maßnahmen, die für bürgerliche Regierungen eher untypisch sind, wie etwa die Erhöhung der Vermögens- und Unternehmenssteuern oder die spürbare Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns - letzteres unter Rückgriff auf das Argument, daß der »Lohn nicht der Feind des Arbeitsmarktes« sei.

18 Die Beteiligung an dem Protesttag ist für die Verhältnisse seit Anfang der 80er Jahre ungewöhnlich hoch. Die Werte zu den Streik- bzw. Demonstrationsteilnehmerzahlen beziehen sich - auch im folgenden - auf offizielle Angaben (Polizei; Ministerium). Die Schätzungen der Gewerkschaften liegen häufig weit darüber. Die Rekonstruktion des französischen Herbsts erfolgt hier im übrigen anhand einer umfassenden Presseauswertung und Medienbeobachtung. Ich verzichte im weiteren auf den Nachweis der einzelnen Quellen.

Die Eskalation findet dann in einer *dritten Phase* statt: Nachdem die Dachorganisationen der verschiedenen Richtungsgewerkschaften sowie diverse Sozialverbände schon seit längerem Initiativen ergriffen hatten, um gegen einen von ihnen gefürchteten Sozialabbau zu protestieren, gibt Premierminister Juppé am 15.11. seinen Plan zur Sozialversicherungsreform bekannt. Dieser enthält im groben vier Elemente: Erstens werden die (gegenwärtig und ehemals) abhängig Beschäftigten ein weiteres Mal mit neuen Sozialabgaben belastet¹⁹; zweitens sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, die die Kosten-Nutzen-Relationen unter den Sozialstaatsklienten umverteilen²⁰ - dazu zählt auch die (wie es heißt) Angleichung der Rentenbezugsbedingungen für die Angestellten des öffentlichen Sektors an die für die Privatwirtschaft geltenden, i.e.: die Erhöhung der Beitragszeiten auf 40 Beschäftigungsjahre; drittens werden auch die Nicht-Lohnabhängigen zur Kasse gebeten²¹; und viertens sind verschiedene Strukturformen geplant, u.a. bezüglich der Selbstverwaltungskompetenzen der Sozialversicherungsträger, die zugunsten parlamentarischer Interventionsrechte vermindert werden sollen - ein brisantes Vorhaben, weil es die Spielräume der Gewerkschaften als Mitverwalter einzuschränken droht.²²

Mit Ausnahme einer bereits vorher verfügbaren Maßnahme, nämlich der Erhöhung der Patientenselbstbeteiligung an den Krankenhauskosten, enthält der Sparplan - anders als viele seiner Vorgänger - keine nennenswerten

-
- 19 So sind als Sofortmaßnahmen zur Rückführung der (beträchtlichen) Kassendefizite die Erhebung einer Sonderabgabe in Höhe von 0,5% auf alle Einkommen sowie die (höhere) Belastung von Arbeitslosengeldempfängern und Rentnern mit Krankenversicherungsbeiträgen vorgesehen (beide Gruppen tragen ein Viertel der Gesamtlasten des Reformplans). 1996 werden zudem die Familienleistungen nicht der Inflationsrate angepaßt. Sie sollen zukünftig auch einkommensteuerpflichtig werden.
- 20 Von den Beitragserhöhungen für Pensionäre werden die Kleinstrentner ausgenommen, und es wird nur jenes Fünftel der Arbeitslosen belangt, dessen Leistungsanspruch oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegt. In die gleiche Richtung weist die angekündigte Besteuerung der Familientransfers, die nur die Einkommenssteuerpflichtigen trifft - also nicht die steuerbefreiten »working poor«. Die Familienleistungsansprüche sollen überdies stärker als bisher von den verfügbaren Einkommen abhängen. Im übrigen ist geplant, den Anspruch auf Sachleistungen der Krankenversicherung zu einem allgemeinen Bürgerrecht zu machen.
- 21 Vorgesehen sind hier die Besteuerung der von Privatunternehmen für ihre Beschäftigten abgeschlossenen Vorsorgeversicherungspolice, eine einmalige Abgabe der Pharmaindustrie an die Krankenversicherung (ca. 5 Mrd FF) und die stärkere Inpflichtnahme der Ärzte für die Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Geplant ist zudem die Einführung eines Wertschöpfungskoeffizienten in die Beitragsbemessungsgrundlage für die Sozialabgaben der Unternehmen.
- 22 Das betrifft insbesondere die hier traditionell stark engagierte FO, die bis dato einen Großteil der Verwaltungsposten besetzt und daraus ihre spezifische Reputation bezieht. Der »Plan Juppé« enthält auch die Ankündigung einer Krankenhausreform (u.a. die Ausweitung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen) sowie eine Verschiebung der Einführung eines Pflegegelds.

Leistungskürzungen. Gewiß sind die durch die »Konsolidierungspolitik« entstehenden Abgabebelastungen wieder einmal ungleich zwischen Arbeit und Kapital verteilt. Freilich: Die untersten Einkommen werden geschont, und zudem müssen auch die Nicht-Lohnabhängigen nennenswerte Beiträge leisten. So sind es eher die Ankündigung neuer Abgaben *schlechthin* und ihre Begründung mit den durch die Maastricht-Auflagen gegebenen *allgemeinen* Sparzwängen, die den »Plan Juppé« als unpopulär erscheinen lassen, spricht: die explizite Unterordnung einer sozialisierten nationalen Institution (der »sécurité sociale«) gegenüber den marktliberalen Imperativen des europäischen Einigungsprozesses. Das zentrale Moment für den Unmut der im öffentlichen Sektor Beschäftigten stellt indes die Infragestellung ihres Sonderrentenregimes (und der damit verbundenen spezifischen Konditionen) durch den Reformplan dar. Dies scheint - in Verbindung mit den Rationalisierungsplänen bei der SNCF (und ähnlichen Projekten bei anderen öffentlichen Unternehmen) - für einen Angriff auf den »service public« als solchen zu stehen und erklärt die Solidarisierung sowohl der übrigen öffentlich Bediensteten als auch großer Teile der französischen Bevölkerung. Letztere sehen offenbar in der »Ökonomisierung« des »service public« und auch der »sécurité sociale« eine Aufweichung jener Institutionen, die in Frankreich als nahezu heilige Symbole der sozialen Republik gelten (Palier/Boboli 1995, Rey 1996). So sind es diese symbolischen Dimensionen des Sparplans und weniger seine materielle Substanz, die kollektiven Unmut erzeugen; und offenbar zahlt hier eine *vergleichsweise* ausgewogen vorgehende Regierung die Zeche für mehr als 10 Jahre erfolglose Austeritätspolitik.

So nimmt der Protest ab Ende November neue Dimensionen an: Die Eisenbahner und wenig später die Beschäftigten der Pariser Verkehrsbetriebe treten in einen unbefristeten Streik, eine Massenkundgebung folgt der anderen, und alle Umfragen deuten daraufhin, daß eine Mehrheit in der Bevölkerung deutliche Sympathien für die Protestbewegung hegt. Am 7. und 12.12. gehen jeweils rund eine Million Menschen auf die Straßen. Die zeitgleich an verschiedenen Universitäten ausgebrochenen Unruhen²³ und die aktive Einbeziehung von Arbeitslosengruppen in einige Protestaktionen führen mancherorts zu regelrechten »Verbrüderungsszenen« zwischen Er-

23 Mitte November werden Raumbesetzungen, Vorlesungsboykotte und Kundgebungen von 15 Universitäten des Landes gemeldet; die Dozentengewerkschaften und offiziellen Studentenverbände beteiligen sich an den von lokalen Aktionskomitees geführten Protesten. Am 21.11 demonstrieren 100000, neun Tage später 160000 Studenten. Sie fordern zusätzliche Mittel für den Lehrbetrieb und die Instandsetzung der Universitätsgebäude. Die monierten Mißstände werden dabei von den Streikkomitees häufig in einen Zusammenhang mit Deregulierungstendenzen im öffentlichen Dienst gebracht. Die Regierung kommt den Forderungen der Studenten teilweise nach und erhöht die Mittelzuweisungen.

werbslosen, Studenten und Beschäftigten. Daneben kommt es zu wiederholten Arbeitsniederlegungen in den übrigen Sektoren des öffentlichen Dienstes, bei einer Streikbeteiligung von bis zu 30%. In dieser Situation entschließt sich die Regierung, an den neuralgischen Punkten nachzugeben und die Einleitung des Rationalisierungsplans bei der SNCF auszusetzen sowie auf die Reform des Rentensystems im öffentlichen Dienst zu verzichten. An den übrigen Vorhaben des »Plan Juppé« werden indes keine Abstriche gemacht. Allerdings erklärt der Premier, daß er den Auftrag des öffentlichen Dienstes in der französischen Verfassung festschreiben lassen und Kommissionen einrichten wolle, in denen über einen »service public à la française« diskutiert werden solle. Gleichzeitig kündigt er die Abhaltung eines Sozialgipfels an, zu dem er die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände einlädt; dort soll jedoch nur das Problem der Arbeitslosigkeit zur Sprache kommen.

Ein Teil der Gewerkschaften will sich damit nicht zufrieden geben. In der *vierten und letzten Phase* der Protestbewegung geht es jetzt erstmals schwerpunktmäßig um den Reformplan zur Sozialversicherung. Noch einmal kommt es zu Massenkundgebungen, an denen erneut mehrere Hunderttausend Menschen teilnehmen. Zugleich verabschiedet das Parlament den Sparplan in erster Lesung. Danach bröckelt die Streikfront sukzessive ab. Der aufwendig arrangierte Sozialgipfel vom 21.12. bringt kaum materielle Ergebnisse hervor: Der Premier verkündigt lediglich einige Maßnahmen zur Ankurbelung des privaten Verbrauchs; allerdings werden eine Reihe von Arbeitsgruppen eingerichtet und weitere Gesprächstermine anberaumt, an denen konkretere Initiativen zum Abbau der Erwerbslosigkeit - u.a. Schritte zur Arbeitszeitverkürzung - beraten werden sollen. Ende Dezember wird das »Ermächtigungsgesetz« rechtskräftig, das der Regierung die Abfassung verschiedener Reformdekrete in Anlehnung an den »Plan Juppé« ermöglicht.

Die Ereignisse im französischen Herbst betreffen nun ohne Zweifel Gegenstände, die der Linken traditionell sehr am Herzen liegen. Sowohl der öffentliche Sektor - der in Frankreich eng mit der republikanischen Gleichheitsnorm und dem Modell des Normalarbeitsverhältnisses verknüpft ist - als auch die Sozialversicherung als zentrales Element des liberalkapitalistischen Sozialkompromisses sind von jeher wesentliche Bezugspunkte linker Politik. Wie verhalten sich nun die Akteure auf den beiden Bühnen der französischen Linken?

Wie oben schon angedeutet, steht die zweite Bühne, also die Ebene der Verbände, im Mittelpunkt des Geschehens. Die Linksparteien sind entweder unschlüssig oder zurückhaltend und spielen in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Der PS schwankt zwischen einer grundsätzlichen Zustimmung

zum Reformplan und einer Kritik im Detail bzw. am Prozedere; der PCF überläßt der CGT das Parkett und beschränkt sich auf eine verbale Ablehnung des »Plan Juppé«. Die Protagonisten des Konflikts - das sind die CFDT zum einen, die CGT (und FO²⁴) zum anderen. Auch wenn die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Frankreichs deutlich besser verankert sind als im Privatsektor - allein ihre organisatorische Schwäche macht es ihnen unmöglich, eine Protestbewegung wie die vergangene herbeizuführen bzw. zu kontrollieren.²⁵ Oft genug haben spontane Aktionskomitees ihnen in der Vergangenheit das Heft aus der Hand genommen - auch bei der SNCF (1986-87). Freilich bemühen sich die Pariser Apparate, den Bewegungsprozeß zu moderieren. Die CFDT-Führung um die Vorsitzende Nicole Notat macht durch ihre »kritische Unterstützung« des »Plan Juppé« Schlagzeilen. Sie distanziert sich v.a. in der dritten und vierten Phase der Bewegung von den Protesten und liefert sich polemische Dispute mit der CGT und FO. Ihr Argument: Eine Gewerkschaft müsse auch das Allgemeininteresse im Auge behalten und dürfe gruppenegoistische Verteidigungskämpfe nicht (bedingungslos) unterstützen; gefragt sei ein allgemein gerechteres soziales Sicherungssystem und überdies die Solidarität mit den Ausgeschlossenen - der Reformplan enthalte diesbezüglich wichtige Ansatzpunkte. Es geht der CFDT hier vor allem um die »klasseninterne« Umstrukturierung der Kosten-Nutzen-Relationen zugunsten der untersten Schichten sowie generell um die Eröffnung budgetärer Spielräume für staatliche Arbeitsförderungsmaßnahmen etc. Damit freilich verliert sie den Kontakt zur Bewegung. Es ist die CGT, die - als ohnedies weiterhin stärkste Organisation im öffentlichen Dienst - in den Auseinandersetzungen die Akzente setzt: Ihr geht es, wie Gewerkschaftschef Louis Viannet im Spotlight der Medien verbreitet, um den Widerstand gegen die neuerliche Belastung der abhängig Beschäftigten, und sie verbindet diese Position mit der schlichten Losung, die »sécurité sociale« und der »service public« müßten entschieden verteidigt werden. Strategisch ist diese Perspektive für die CGT jedoch eher ein Nebenschauplatz der Auseinandersetzungen; die Gewerkschaft orientiert sich v.a. an den materiellen Klientelforderungen im Terrain und damit an der Solidarität der Betroffenen; auf dem zeitgleich stattfindenden Gewerkschaftskongreß lehnt es die Mehrheit der Delegierten

24 Obwohl FO in den Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielt und v.a. durch ihren Schulterschuß mit dem »kommunistischen« Erzfeind CGT Geschichte schreibt, will ich ihre Rolle im weiteren außer acht lassen. Für den Verlauf der Bewegung war die radikale Kritik der Gewerkschaftsführung am »Plan Juppé« ein entscheidender Faktor, weil die Beteiligung der bis dato mit einem eher sozialpartnerschaftlichen Image ausgestatteten und als Sachwalter der Sozialversicherten reputierten Organisation den Protesten eine un-gemeine Legitimität verlieh.

25 Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich liegt mittlerweile unter 10%.

dementsprechend ab, wegen der Sozialversicherungsreform zum rein politischen Generalstreik aufzurufen.

Auch wenn sich vor dem Herbst in den beiden Gewerkschaften eine größere Sensibilität für die eigenen Halbheiten angedeutet hatte - die CFDT sprach wieder vermehrt über Lohninteressen, und die CGT problematisierte die zunehmende Distanz zwischen ihrer Kernklientel und der neuen »underclass«: Beide Organisationen akzentuieren während der Protestwelle ihr angestammtes Solidaritätskonzept. Und dies, obwohl der Verlauf der Bewegung beide Solidaritätsdimensionen in eine - wenn auch latente - Verbindung bringt: Ausgehend von klassischen Lohninteressen (in der ersten Phase) geht es zunehmend auch um die Bewahrung der solidarischen Institutionen, d.h. um die solidaritätsstiftenden, auf einem ethischen Konsens beruhenden Funktionen des öffentlichen Dienstes und der Sozialversicherung; eines öffentlichen Dienstes, der unterschiedlich situierten Bürgern gleiche Nutzerrechte einräumt, und einer »sécurité sociale«, die ungleiche Lebenschancen bzw. Risikolagen qua Umverteilung abfedern soll. Während mithin unter den spezifischen französischen Bedingungen erstmals in der westlichen Welt - mit Macht und gegen den etablierten mainstream - die Frage auf die politische Agenda rückte, wie solidarische Kohäsion und globale Deregulierung zusammenpassen²⁶, bleiben die beiden Linksmilieus - jedes auf seine Weise - konstruktive Antworten schuldig.

4. Von der eindimensionalen zur deliberativen Solidarität

Aus dem vorhergehenden wird ersichtlich, daß an den Ereignissen im französischen Herbst vor allem zweierlei bemerkenswert ist: zum einen, daß sich größere Arbeitnehmergruppen mit ihren *Interessen* zurückmelden und damit dem von der liberalen Linken vertretenen *ethischen* »Verzichtsmodell« die Gefolgschaft entziehen; und zum zweiten, daß ein vergleichsweise unpolitischer, auf solche Gruppeninteressen ausgerichteter Protest sich im kommunikativen Zusammenhang einer sozialen Bewegung politisiert und dabei zu wertorientierten Diskursen findet - hier also Fragen aufgreift, die mit dem ethischen Gehalt nationaler Institutionen zusammenhängen. Eine solchermaßen »konstruktive« Entwicklungsdynamik folgt jenem

26 Diese Dimension der Protestbewegung wird in diversen Pressekommentaren mehr oder weniger explizit hervorgehoben, am deutlichsten in *Le Monde* vom 7.12., aber auch in *La Croix* (12.12.) und dem *Nouvel Observateur* (14.12.). Die verschiedenen Beiträge linksorientierter Intellektueller für *Le Monde Diplomatique* ([TAZ] 12.1.1996) stellen sie sehr deutlich in den Mittelpunkt, setzen sich jedoch allenfalls polemisch mit den übrigen, sicherlich nicht einfach übergehbaren Aspekten der Bewegung auseinander: nämlich der Rolle von sektorspezifischen Gruppeninteressen für den Mobilisierungsprozeß und der während der Streiks aufgeworfene Frage nach einer ethisch angezeigten Reaktion der Linken auf die Problematik der »exclusion sociale«.

Muster, wie es von bestimmten Ansätzen der neueren Bewegungsforschung als in der westlichen Hemisphäre zunehmend dominante Form des kollektiven Handelns begriffen wird. Bewegungshandeln ist hier in einem kommunikativen Terrain angesiedelt, auf dem ein kritischer Dialog mit der politischen Öffentlichkeit ausgetragen wird und eine intersubjektive Festlegung auf normative Rahmungen erfolgt.²⁷

Man kann den französischen Herbst durchaus als eine diesem Muster folgende Ereigniskette interpretieren. Denn im Verlaufe der Protestbewegung wird sukzessive die Thematisierung bestimmter, berufskorporatistischer Gruppeninteressen von normativen Bezügen auf die Gestalt der nationalen Institutionen überlagert. Den Protesten wird mithin eine politische Dimension verliehen - der in ihnen mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck kommende allgemeine Widerstand gegen »Globalisierung« und »Deregulierung« stellt sich hier zugleich als Verteidigung von Interessen *und* als Engagement für (bedrohte) solidarische Institutionen dar. Somit wird deutlich, daß der »moderne« Bewegungstypus auch mit eher »traditionalen« Aspekten der sozialen Frage verknüpft sein kann, daß also der in den theoretischen Debatten zur Lage und Zukunft der Linken derzeit vorherrschende Blick auf die bewegte »civil society« nicht ohne weiteres an den »altgedienten« Trägern des linken Projekts vorbeigehen sollte.

Im französischen Herbst treten dabei genau jene beiden o.g. Dimensionen »linker« Solidarität in einen gemeinsamen Kontext, die im klassischen soziologischen und programmatischen Profil der Linken ineinandergeifen, allerdings in deren Praxis z.T. deutlich voneinander dissoziiert worden sind und - wohl nicht nur in Frankreich - jeweils eigene »Wegbeschreibungen« begründet haben. Die beiden Fraktionen der französischen Linken ignorieren faktisch diese Parellelität der Solidarisierungsmuster in der Bewegung und bleiben ihrem jeweils *eindimensionalen* Zugang auf das Solidaritätsproblem verhaftet. Die eine sieht nicht, daß die Konzentration auf eine Politik der ethischen Solidarität sie von ihren Adressaten zu isolieren droht, weil sie ausschließlich auf »Selbstbegrenzung« setzt und damit nicht nur die Interessen wichtiger Klientele mißachtet, sondern überdies die Herstellung geeigneter Kräfteverhältnisse geradezu unterminiert; zudem verschließt sie die Augen vor dem *auch* ethisch-normativen Charakter der

27 Vgl. Eder (1994, 48), in dessen »konstruktivistischem« Approach der im Bewegungsverlauf stattfindende Prozeß des - immer auch normativen - »framings« als zentrale Grundlage kollektiven Handelns erscheint: »Framing bedeutet, etwas als ungerecht, nicht tolerabel zu definieren, das korrigierender Handlungen bedarf. Framing ist die Zurechnung des schlechten Zustands der Welt in Begriffen der Verursachung ... und Verantwortlichkeit. (...) Der Konstruktivismus sagt, daß kollektiv geteilte Definitionen von Normen, Interessen, Tatsachen usw. das Resultat sozialer Prozesse sind. Alles entsteht, in dem man darüber redet«.

Proteste. Und die andere klammert die Frage nach der »klasseninternen« Verteilungsgerechtigkeit in der aufkeimenden Institutionen-Debatte faktisch aus, weil sie den größten gemeinsamen Nenner vorwiegend auf der Interessenseite sucht. Die Entwicklungen in Frankreich seit Anfang der 80er Jahre haben nun allerdings deutlich vor Augen geführt, daß sowohl das klassisch utilitaristische Konzept als auch die in der jüngeren Vergangenheit unter Intellektuellen zunehmend beliebtere, alleine auf die ethische Dimension abstellende Strategie die Linke kaum mehr weiterbringen, beide »Wege zur Solidarität« also letztlich ins Abseits führen. Die im PS und in der CFDT favorisierten Ansätze greifen zwar ein heute äußerst virulentes Problem auf, nämlich die Frage der sozialpolitischen Prioritäten angesichts der gerade in Frankreich, aber auch anderswo zunehmenden Marginalisierung breiterer Bevölkerungsschichten. Die im Verlaufe der 80er Jahre durch die akademische Linke vorgenommene Interpretation des Gemeinwohlbegriffs - sprich: die Akzeptanz der »Marktgesetze« zur Verhinderung des »Schlimmsten« - bürdete nun allerdings der eigenen Klientel hohe Kosten auf und tolerierte die allgemeine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu ihren Lasten²⁸, ohne daß der Anstieg des »Armutreservoirs« aufgehalten werden konnte.²⁹ Umgekehrt gelang es der syndikalistischen Linken zunehmend weniger, aus ihrem utilitaristischen Solidaritätskonzept heraus ein glaubwürdiges und universelles politisches Projekt abzuleiten. Vielmehr bleiben nurmehr begrenzte »Betroffenen«-koalitionen als strategischer Bezugspunkt, weil die großen industriellen »Interessengemeinschaften« erodieren und der ideologische Kitt, der die unterschiedlichen Klientele lange Zeit in eine Art Heilsgemeinschaft eingebunden hatte, weitgehend ausgetrocknet ist.

Der Zusammenhang von Ethik und Interesse als Substanz »linker« Solidarität stellt sich also weniger denn je über nur *einen* der von den jeweiligen Lagern eingeschlagenen Wege her - die strategische Ausklammerung der utilitaristischen oder der ethischen Solidaritätsdimension führt offensichtlich nicht (mehr) zum Erfolg. Für den ethisch prioritären »Sozialismus in einer Klasse« droht der Rückhalt der Interessenklientele zu fehlen, welcher aber erforderlich wäre, um Negativsummenspiele in Form eines kollektiven Sozialabbaus zu verhindern. Umgekehrt steht in der Zweidrittgesellschaft der Rekurs auf die Interessenlogik, da er mit seiner defensiven Ausrichtung im Ergebnis nur begrenzte, sanktionsstarke Interessenkoali-

28 Vgl. dazu den Bericht der Forschergruppe des CERC (1994) über »le tournant des années 80« (die Wende in den 80er Jahren) bezüglich der allgemeinen Einkommensverteilung.

29 1994/95 gab es in Frankreich ca. eine Million Bezieher des sozialen Mindesteinkommens RMI, die Arbeitslosenrate lag bei 12% und zwischen 8 und 9% aller Beschäftigten bevölkerten den zweiten Arbeitsmarkt bzw. hatten nur Zeitverträge.

tionen zu bedienen tendiert³⁰, gerade dem entgegen, was linker Politik unter heutigen Bedingungen noch Profil verleihen kann: nämlich ihren ethischen Prinzipien.

Aufgrund der zunehmenden »klasseninternen« Differenzierungsprozesse wird mithin - wie Zeuner (1995, 353) die neuere klassentheoretische Diskussion mit Neckel resumiert - »die Herstellung von 'Solidarität' zu einer 'politischen Aufgabe', statt zu einer automatischen Folge der ökonomischen Strukturen und Verhältnisse.« Die *Inhalte* linker Politik können dabei weder ohne weiteres auf »Selbstbegrenzung« bzw. »Allgemeinwohlorientierung« konzentriert werden, noch erhält oder rekonstruiert die Linke sich ein hinlängliches ethisches Profil, wenn sie - aus strategischen Gründen - nur auf »Klientelpolitik« setzt.

So liegt es auf der Hand, daß *beide* der für die Linke konstitutiven Solidaritätsdimensionen heute offen verhandelt, also die bis dato getrennten Wege zusammengeführt werden müssen. Die Voraussetzungen für einen solchen Prozeß scheinen sich im Verlaufe des französischen Herbstes durchaus einzustellen; und wengleich die Protagonisten der Linken daraus keine Konsequenzen ziehen und sich auf diese Dimensionen weiterhin nur einseitig beziehen: Ihre Infrastruktur hat sehr wohl dazu getaugt, die Mobilisierung zu moderieren und den Bewegungsprozeß zu politisieren. Und so geben die Geschehnisse doch einen Hinweis auf die *Akteure*, die den Weg zu einer *deliberativen* Solidarität, d.h. einer diskretionären und offenen Vermittlung der beiden Solidaritätsdimensionen, erfolgreich abstecken könnten. In der Tat erweist sich für die heute unumgängliche (Neu-)Verhandlung von Ethik und Interesse im Zuschnitt linker Zielprogramme eine zweite, zwischen Politik und Lebenswelt angesiedelte Bühne nicht als die schlechteste Adresse. Denn hier sind »Bewegungsorganisationen« im Spiel, die einerseits den Kontakt mit den Interessen ihrer Klientele pflegen, und die andererseits ein vergleichsweise basisnahes und pluralistisch ausdifferenziertes Forum für normative bzw. politische Kommunikationsprozesse zur Verfügung stellen. Das hat bis dato nicht dazu geführt, daß der ideologisch-strategische Disput zwischen den verschiedenen Lagern der französischen Linken in fruchtbarere Bahnen gelenkt worden ist. Aber

30 Wie Vobruba (1988) anschaulich darstellt. Vobruba glaubt freilich, daß die Gesamtheit der Lohnabhängigen in ihrem 'Kollektivinteresse' auf eine »Politik der Vereinheitlichung von individuellen Interessenprofilen« orientieren, also quasi aus egoistischen Motiven den »Sozialismus in einer Klasse« praktizieren muß. Solidarität funktioniere nicht als »wertgeladener Appell, der seinen Adressaten nahelegt, auf Interessenkalküle zugunsten der 'gemeinsamen Sache' zu verzichten« (ebd., 176, Hervorh. von mir). Nun kommt aber auch Vobruba ohne diesen Appell in seinem Vertrauen auf die »allgemein geteilten Vorstellungen von Recht und Billigkeit« (ebd., 187), wenn es um die Umsetzung dieser »Vereinheitlichungspolitik« geht, nicht aus: Es sind also beide Solidarisierungsmuster gefragt!

immerhin hat eben diese zweite Bühne entscheidend mit dazu beigetragen, daß die öffentliche Debatte über den Zusammenhang zwischen ökonomischer Globalisierung und nationaler Deregulierung eine ganz neue Qualität gewonnen hat - und das nicht nur in Frankreich.

Literatur

- Baumann, Zygmunt (1995): *The Left as Counterculture of Modernity*, in: Lyman, Stanford M. (Hg.): *Social Movements. Critiques, Concepts, Case-Studies*, New York, S.356-370.
- Bell, David Scott; Criddle, Byron (1994): *The French Communist Party in the Fifth Republic*, New York.
- Bergounioux, Alain; Grunberg, Gérard (1992): *Le long remords du pouvoir. Le Parti socialiste, 1905-1992*, Paris.
- Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin.
- Bock, Hans Manfred (1992): Von der Neugestaltung der Gesellschaft zur Erneuerung sozialistischer Moral. Zum Parteitag '91 und zum Nouvel Horizon des Parti Socialiste, in: *Len-demains* 65, S.106-116.
- Bode, Ingo (1991): Französische Armutspolitik im Spannungsfeld organisierter Interessen, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 4 (37), S.229-253.
- Bode, Ingo (1995): Solidarität und Beruf. Die französischen Krankenschwestern verändern ihre Perspektiven, in: *Arbeit* 1 (4), S.55-77.
- Boltanski, Luc (1990): *Die Führungskräfte: Die Entstehung einer sozialen Gruppe*, Frankfurt/New York.
- CERC (1994): Les français et leurs revenus: le tournant des années 80. *Documents du CERC* (94).
- Christadler, Marieluise (Hg.) (1985): *Die geteilte Utopie. Sozialisten in Frankreich und Deutschland. Biografische Vergleiche zur politischen Kultur*, Opladen.
- Cole, Alistair; Doherty, Brian (1995): France. Pas comme les autres - the French Greens at the Crossroads, in: Richardson, Dock; Rootes, Chris (Hg.): *The Green Challenge. The Development of Green Parties in Europe*, London, S.45-65.
- Colombani, Jean-Pierre (1994): *La Gauche survivra-t-elle aux socialistes?* Paris.
- Dreyfuß, Michel (1990): *PCF, crises et dissidences. De 1920 à nos jours*, Brüssel.
- Eder, Klaus (1994), Die Institutionalisierung kollektiven Handelns, in: *Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen* 2, S.40-52.
- Eyerman, Ron (1994): *Between Culture and Politics. Intellectuals in Modern Society*, New York.
- Fischer, Joschka (1992): *Die Linke nach dem Sozialismus*, Hamburg.
- Gaschke, Susanne (1995): Nichts richtig, nichts übrig? Ein Stimmungsbild der ideellen Gesamtlinken, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10, S.15-21.
- Giddens, Anthony (1994): *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Cambridge.
- Groux, Guy; Mouriaux, René (1989): *La CFDT*, Paris.
- Groux, Guy; Mouriaux, René (1992): *La C.G.T.. Crises et alternatives*, Paris.
- Habermas, Jürgen (1985): Konservative Politik, Arbeit, Sozialismus und Utopie heute, in: ders., *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt, S.59-76.
- Hall, Peter A. (1993): Pluralism and Pressure Politics in France, in: Richardson, Jeremy J. (Hg.): *Pressure Groups*, New York, S.159-174.
- Hamon, Hervé; Rotman, Patrick (1984): *La deuxième gauche. Histoire intellectuelle et politique de la CFDT*, Paris.
- Hazareensingh, Sudhir (1994): *Political Traditions in Modern France*, New York.
- Hoffmann-Martinot, Vincent (1993): Frankreichs Parteiensystem nach den Parlamentswahlen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32, S.10-16.
- Jansen, Peter; Kibler, Leo; Kühne, Peter; Leggewie, Claus; Seul, Otmar (1986): *Gewerkschaft-*

- ten in Frankreich. *Geschichte, Organisation, Programmatik*, Frankfurt/New York.
- Judd, Tony (1993): Die unvollendete Demontage - Zur gegenwärtigen Krise der Linken, in: *What's Left? Prognosen zur Linken*, Berlin, S.32-37.
- Kaschuba, Wolfgang (1989): Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen, in: Lüdtkte, Alf (Hg.): *Alltagsgeschichte*, Frankfurt/New York, S.191-223.
- Labbé, Dominique (1994): La crise du syndicalisme français, in: *Revue de l'IRE* 16, S.75-101
- Lazar, Marc (1992): *Maisons rouges. Les partis communistes français et italien de la Libération à nos jours*, Paris.
- Lukes, Steven (1985): *Marxism and Morality*, New York.
- Markovitz, Andrei S.; Gorski, Philip S. (1993): *The German Left. Red, Green and Beyond*, Cambridge.
- Melchior, Eric; Melchior, Jean-Philippe (1994): *Une gauche en quête de sens*, Paris.
- Miliband, David (1994): Introduction, in: ders. (Hg.): *Reinventing the Left*, Cambridge.
- Mouriaux, René (1985): *Syndicalisme et politique*, Paris.
- Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland (1995): Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am »Ende der Utopie« gilt: Demokratie und Sozialismus, in: *PROKLA* 100, S.431-455.
- Natty, Stéphane (1995): La gauche a-t-elle un avenir? in: *Le Bacquet* 6, S.60-84.
- Notat, Nicole (1994): Concilier préoccupation économique et urgence sociale, Éditorial in: *CFDT-Magazine* 6.
- Palier, Bruno; Boboli, Giuliano (1995): Entre Bismarck et Beveridge. 'Crise' de la sécurité sociale et politique(s), in: *Revue française des sciences politiques* 4 (45), S.668-699.
- PROKLA (1993): Linke Ortsbestimmungen der Gegenwart. Editorial, in *PROKLA* 92, S.354-364.
- Quilès, Yvonne (1992): 'Liliane, fais tes valises!', in: Spirel, Antoine (Hg.): La culture des camarades. Que-reste-t-il de la culture communiste? Sondernummer von: *Autrement*, Paris, S.149-173.
- Rey, Frédéric (1996): Quel avenir pour les services publics?, in: *Liaisons sociales Mensuel* 105, S.6-7.
- Rogers, Joel; Streeck, Wolfgang (1994): Productive Solidarities: Economic Strategies and Left Politics, in: Miliband, David (Hg.): *Reinventing the Left*, Cambridge, S.128-145.
- Rosanvallon, Pierre (1988): Malaise dans la représentation, in: Furet, François; Juillard, Jacques; Rosanvallon, Pierre, *La république du centre*, Paris, S.131-182.
- Ross, George; Jenson, Jane (1994): France. Triumph and Tragedy, in: Anderson, Perry; Camiller, Patrick (Hg.): *Mapping the West European Left*, London/New York, S.158-188.
- Safran, William (1991): *The French Polity*. 3. Auflage, New York/London.
- Schulze, Gerhard (1994): Jenseits der Erlebnisgesellschaft. Zur Neudefinition von Solidarität, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6, S.337-343.
- Spurk, Jan (1986): *Soziologie der französischen Arbeiterbewegung*, Berlin.
- Vielcanet, Florence (1995): SUD. Portrait d'un syndicat différent, in: *Liaisons sociales Mensuel* 97, S.34-36.
- Vobruba, Georg (1988): Gesellschaftsspaltungen und solidarisierende Sozialpolitik, in: Natter, Ehrenfried; Riedlsperger, Alois (Hg.), *Die Zweidrittelgeellschaft: spalten, splittieren oder solidarisieren?* Wien/Zürich, S.153-191.
- WeBels, Bernhard (1991): Vielfalt oder strukturelle Komplexität. Zur Institutionalisierung politischer Spannungslinien im Verbände- und Parteiensystem der Bundesrepublik, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3 (43), S.41-60.
- Wilson, Frank L. (1987): *Interest-Group Politics in France*, Cambridge.
- Worms, Jean-Pierre (1994): Reconquérir la citoyenneté pour reconstruire l'État, in: *Esprit* 207, S.114-137.
- Wuthnow, Robert (1989): *Communities of Discourse. Ideology and Social Structure in the Reformation, the Enlightenment and European Socialism*, Cambridge.
- Zeuner, Bodo (1995): »Probleme des Klassenkampfs« im Betrieb, in: *PROKLA* 100, S.341-379.